Ein Raum für Neugier, Offenheit und Ehrlichkeit

Der Internationale Rat von Christen und Juden (ICCJ) ist die Dachorganisation von rund 35 nationalen Organisationen, die sich der Förderung des jüdisch-christlichen Dialogs in ihrem Land verschrieben haben. Der Young Leadership Council (YLC) setzt in seiner Arbeit etwas andere Schwerpunkte: junge Juden, Christen und Muslime werden angeleitet, gemeinsam zu leben, gemeinsam gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und interreligiöse Begegnungen selbst zu initiieren und zu leiten.

Treffen des Young Leadership Council (YLC)

Die jährliche Konferenz findet dieses Jahr im Juni in Aix-en-Provence in Frankreich statt und wird sich mit dem Thema der Spannung zwischen „Glaube und Identität in säkularen Gesellschaften" beschäftigen. Wir organisieren diese YLC-Konferenz im Zusammenhang mit der Konferenz des ICCJ im Anschluss und laden unsere Teilnehmer ein, beide Konferenzen zu besuchen. Durch Kombination können die beiden Begegnungsformate voneinander lernen. Der Dialog zwischen Juden und Christen hat den Vorteil, sich stärker der gemeinsamen Vergangenheit und ihren Herausforderungen in der Gegenwart stellen zu können. Allerdings steht dieser Dialog auch in der Gefahr, das auf Kosten von Dritten zu tun. Dialog-Gruppen mit Muslimen können da ausgleichend wirken und auch selbst bereichert werden.

Dort ist niemand verpflichtet, etwas zu repräsentieren, weder die eigene Glaubenstradition noch das Herkunftsland.

Auf der Konferenz haben Exkursionen in Kirchen, Moscheen und Synagogen in Marseille und das Kennenlernen der Gemeinschaften dort und ihres Verhältnisses zu Stadt und Staat genauso Platz wie das Anteilnehmen an der Glaubenspraxis anderer Teilnehmer. In den letzten Jahren waren Teilnehmer aus Europa dabei, ebenso wie aus Saudi-Arabien, Israel, Iran und Ägypten. In diesem Jahr wird es insbesondere viele französische Teilnehmer geben, die aus ihrem Land das Modell der besonders strengen Trennung von Staat und Kirche kennen. Muslime dort haben oft keinen Zugang zu einer Identität als französische Bürger (citoyens). Wenn sie ihre Identität stattdessen religiös definieren, sind sie in den Augen der säkularen Gesellschaft suspekt.

Dem Vorbereitungsteam der Konferenz ist es wichtig, nicht nur praktische und akademische Weiterbildung anzubieten, sondern einen geschützten Raum zu eröffnen, in dem man neugierig, offen und ehrlich die Glaubenspraxis der anderen kennenlernen kann. Dort ist niemand verpflichtet, etwas zu repräsentieren, weder die eigene Glaubenstradition noch das Herkunftsland. In diesem Raum geht es dann nicht nur um Begegnung mit anderen Glaubenstraditionen, sondern auch mit der eigenen Tradition und letztlich mit uns selbst. Aus den Gemeinsamkeiten, die wir entdecken, wie die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit und einer besseren Welt, entstehen oft neue Initiativen in den Heimatländern. Ein Beispiel dafür ist das Projekt *Empowering Peace* (www.empoweringpeace.org), das gerade an der Westküste der USA anläuft. Junge Menschen können Seminare im interreligiösen Dialog, in gewaltfreier Kommunikation, im Aufdecken und Bekämpfen von Fundamentalismus und in der Pflege von Online-Gemeinschaft anbieten und besuchen. Regional sollen Gastfreundschaft und Beziehungen zwischen verschiedenen religiösen Gruppierungen gefördert werden. Ziel ist es, junge Menschen zu befähigen, sich für Verständigung und Frieden zu engagieren. Ich kann die YLC-Konferenz auch für ökumenisch engagierte junge Menschen empfehlen. Sie weckt in mir immer wieder Neugier auf den Glauben der anderen und ihr persönliches Erleben der Gottesbeziehung und der Traditionen. Vielleicht lädt eine solche Begegnung ein, auch im Gespräch mit anderen Christen noch einmal genau hinzuhören und unvoreingenommen Fragen zu stellen.

Rebecca Brückner

studierte Evangelische Theologie und Jüdische Studien in Berlin, Potsdam und Jerusalem und ist Vorsitzende des YLC

Astrid Schukat

Die Abschiebungsbeobachterin

Morgens um 4 Uhr ist die S-Bahn voll mit Menschen, die vom Feiern kommen, oder mit denen, die zur Arbeit müssen. Müde sind die meisten. Desto wacher muss ich sein, wenn die ersten Menschen der Bundespolizei am Flughafen Hamburg zugeführt werden. Die Landespolizei sowie Mitarbeitende der Ausländerbehörde bringen sie. Sind alle wichtigen Habseligkeiten dabei? Haben sie genug Geld dabei? Wie geht es den Kindern unter ihnen? Gibt es einen Anwalt, der noch einen Eilantrag stellt oder eine Petition eingereicht hat? Sind die Menschen über das informiert, was auf sie zukommt? Oft haben sie vor Jahren schon Abschiebungsbescheide erhalten, und nun plötzlich ist es so weit. Die Betroffenen haben es verdrängt und sich in ihrem unsicheren Aufenthalt eingerichtet. Viele sind geschockt, manche in sich gekehrt. Sie können es nicht begreifen.

Besonders hart trifft es Familien. Die größte Gruppe 2012 waren Roma-Familien, die in ihre Herkunftsländer Serbien, Mazedonien oder das Kosovo abgeschoben wurden. In ihrem Gepäck befand sich oft der über Jahre gesammelte Hausstand, vom Bügeleisen bis zum Werkzeug. Das war schon die erste Hürde, denn Übergepäck ist teuer. Häufig müssen Kinder in dieser angespannten Situation als Dolmetscher/innen fungieren. Bis Juli 2012 gab es auch Abschiebungen von Asylsuchenden nach dem Abkommen Dublin II. Menschen, die zuerst in einem anderen europäischen Land um Zuflucht baten, wurden dorthin zurück transportiert. In Italien beispielsweise leben viele Asylsuchende auf der Straße, obwohl sie einen Aufenthaltstitel besitzen. Warum sie nicht bei Freunden oder Verwandten in Deutschland bleiben können, ist ihnen nicht verständlich.

Meine Aufgabe ist es, Zeugin zu sein. Aus humanitärer Sicht beobachte ich eine staatliche Maßnahme, die von außen nicht einsehbar ist. Dabei achte ich darauf, dass die Menschen ihrer Würde nicht völlig beraubt werden. Ich kann mit ihnen sprechen, noch einmal zuhören, sie telefonieren lassen und dafür Sorge tragen, dass man sie hört. Schwer aushaltbar sind die Fälle, wo Zwang angewendet wird. Ich protokolliere das Geschehen und gebe die Informationen an das zuständige Flughafen Forum weiter. Dort sitzen Mitarbeitende der Bundespolizei, der Kirchen, von Pro Asyl, Amnesty international sowie den Landesbehörden in Hamburg und Schleswig-Holstein. Einzelfälle werden diskutiert und manchmal klären sich Sachverhalte. Somit kommt eine gewisse Transparenz in den sonst nicht von außen einsehbaren Prozess der Abschiebung. Gemäß der Europäischen Rückführungsrichtlinie (Art 8,6) ist ein effektives Monitoring vorgesehen. Allerdings findet diese Vorgabe im bundesdeutschen Umsetzungsgesetz noch keine Berücksichtigung. Ein wichtiger menschenrechtlicher Aspekt der Arbeit ist, die Schulung und die Begleitung der Beamt/innen vor Ort. Vielfach liegen ihnen nicht genügend Informationen über die Menschen vor, die abgeschoben werden sollen. Die bisherige Arbeit wurde von der Nordelbischen Kirche seit Mai 2009 allein getragen und sollte zum Mai 2013 auslaufen. Eine Co-Finanzierung der bisher eingerichteten Stellen in Düsseldorf, Frankfurt und Hamburg durch beispielsweise den europäischen Rückkehrfond wurde durch die Innenministerien von Bund und Ländern abgelehnt. Wahrscheinlich wird meine Arbeit für weitere zwei Jahre von der Nordkirche, dann von dem Diakonischen Werk, finanziell getragen.

2011 wurden bundesweit 7.188 Menschen auf dem Luftweg abgeschoben: Frankfurt 3.065, Düsseldorf 823, Hamburg 487. Hinzu kommen bundesweit insgesamt 2.847 Personen, die nach Dublin II in einen anderen europäischen Mitgliedsstaat überstellt wurden, um dort ihr Asylverfahren zu betreiben. Auf dem Hamburger Flughafen waren es ca. 250. Am häufigsten finden solche „Überstellungen" nach Polen statt, 545 Personen, gefolgt von Italien, 395 Personen, und Schweden, 311 Personen.

Meine Aufgabe ist es, Zeugin zu sein.

Astrid Schukat
Sozialpädagogin, arbeitet für das Diakonische Werk am Hamburger Flughafen als Abschiebebeobachterin.

Dietrich Gerstner

Was mir Hoffnung macht

Von meinen Mitbewohner/innen habe ich gelernt, dass sie sich den „Luxus der Hoffnungslosigkeit“ nicht leisten können.

Brot & Rosen ist der Name der Basisgemeinschaft, in der ich in Hamburg-Bramfeld lebe. Wir haben uns den Namen nicht ohne Grund gegeben. Damit wollen wir umschreiben, was unser Haus der Gastfreundschaft für obdachlose Flüchtlinge – und auch für uns als tragende Lebensgemeinschaft – bedeuten kann: Lebensnotwendiges wie ein Dach über dem Kopf und Essen auf dem Tisch. Es geht jedoch um mehr. Wir wollen Beziehung leben, die Höhen und Tiefen des Lebens miteinander teilen, spielen und feiern, einen Geschmack vom Festmahl Gottes erahnen.

Brot-&-Rosen-Gemeinschaft

Seit 1996 haben wir mit weit über 200 Menschen zusammengelebt. Sie kamen aus so unterschiedlichen Ländern wie Türkisch-Kurdistan, Sierra Leone, Bosnien, Togo, dem Libanon, Kongo, Palästina, Algerien, Kolumbien, Bangladesch, Ruanda oder Iran – aus insgesamt über 50 Ländern. Frauen, Männer und Kinder, unterschiedlichen Religionen zugehörig, alle unter einem Dach, versammelt um einen Tisch zum Abendessen, ein echter „multi-kulti“-Haushalt. Gemeinsam ist ihnen allen, dass eine existentielle Not sie obdachlos gemacht hat. Alle helfen im Haushalt mit, kochen, putzen oder kaufen ein. Manche leben nur wenige Tage mit uns, andere bleiben mehrere Jahre. Für viele wird unsere Hausgemeinschaft zu einem Zuhause auf Zeit. Wir haben in den vergangenen Jahren mit vielen unserer Mitbewohner/innen Hoffnungsvolles erlebt. Nicht selten war ihr Leben bei uns von Erfolg „gekrönt“, sei es durch eine neue Aufenthaltserlaubnis, die Geburt eines Kindes oder die selbstbestimmte Weiterwanderung in ein anderes Land. Das Gegenteil gab es auch. Endloses Warten auf neue Perspektiven, Scheitern aller Bemühungen, sich vertiefende Depressionen, verlorene Hoffnungen, die in tiefe Verzweiflung münden. Da schien es nahe liegend, dass auch wir als Begleiter/innen in Resignation verfallen. Zumal die politische Großwetterlage nicht gerade ermutigend ist, wenn etwa der Bundesinnenminister über einen neuen Ansturm von Roma aus Serbien und Mazedonien tönt, ohne mit einer Silbe die erbärmlichen Lebensbedingungen dieser Menschen und ihre Diskriminierung zu erwähnen. Die Flüchtlingspolitik in Deutschland oder die Situation an den Außengrenzen Europas lässt mich in der Tat fast verzweifeln. Von meinen Mitbewohner/innen habe ich jedoch gelernt, dass sie sich den „Luxus der Hoffnungslosigkeit“ (Gioconada Belli) nicht leisten können, zumindest nicht auf Dauer, wenn sie überleben wollen. So stecken mich die Lebensfreude Meleks, der hoffnungsvolle Gleichmut Aymans oder der Humor Bashirs immer wieder an. Sie sind Menschen, die Schreckliches erlebt und erlitten haben und die sich dennoch aufrappeln und weiter gehen. Menschen, die mir Vorbild und Ansporn sind, selbst auch nicht den Mut sinken zu lassen. Leben wir nicht alle zum Teil von der Hoffnung anderer? So will ich hier nicht von großen Erfolgen erzählen, sondern von kleinen Geschichten des Alltags, die mich zuversichtlich stimmen und mir Hoffnung geben.

Eine Hoffnungsgeschichte

Vor einem Jahr kam Hilal zu uns. Ihre Verfolgungsgeschichte über viele Jahre steckte ihr offenbar in den Knochen. Ihr Weg hatte sie aus der Türkei nach Deutschland, dann wieder zurück in die Türkei und über Belgien erneut nach Deutschland gebracht. Neben politisch motivierter Verfolgung ihrer Familie litt sie unter innerfamiliärer Bedrohung nach einer Zwangsverheiratung und späterer Scheidung. Ihr Gesichtsausdruck und ihre Körpersprache waren von einer depressiven Haltung geprägt. Nun kam sie in unseren fremden Haushalt, eine

internationale Lebensgemeinschaft in einer ihr unbekannten Stadt. Ob das gutgehen kann? Wird Hilal stabil genug sein für diese fremde Umgebung? Noch ist offen, wohin ihr Weg sie führen wird. Im Alltag wird sie nach wie vor von mancherlei Leiden, wie schweren Kopfschmerzen, geplagt. Doch wir haben im vergangenen Jahr eine schöne Verwandlung erlebt: Hilal bereichert nicht nur unser Haus mit ihrer Koch- und Backkunst. Sie ist auch förmlich aufgeblüht und hat ein neues Selbstbewusstsein gewonnen. Vor kurzem, nach einem Infoabend über europäisches Aufenthaltsrecht, erklärte Hilal anderen Mitbewohner/innen kenntnisreich die verschiedenen Aufenthaltstitel. Sie, die als vermeintliche Analphabetin zu uns kam und zuvor noch nie mit Menschen außerhalb ihrer Familie gelebt hatte! Offensichtlich fühlt sie sich bei Brot & Rosen zuhause. Unter vormals Fremden hat sie eine neue Familie gefunden, die sie in ihrer Suche nach Freiheit und Sicherheit unterstützt und mit trägt.

Eine andere Hoffnungsgeschichte

Bei einer Gemeindeversammlung in einer Hamburger Kirche sprach ich über Gastfreundschaft und speziell über unsere Erfahrungen bei Brot & Rosen. Diese Gemeinde denkt konkret über die Einrichtung einer Gästewohnung für Flüchtlinge nach. Nach der Versammlung meinte ein Mann, dass seiner Meinung nach die Gemeinde Brot & Rosen finanziell unterstützen soll, statt selbst eine Wohnung einzurichten. Allerdings wollen wir nicht stellvertretend und exklusiv für „die Kirche“ diesen Dienst der Aufnahme von bedrohten Flüchtlingen tun, sondern gemeinsam mit anderen Raum in der Kirche schaffen. Denn unsere Erfahrung gelebter Gastfreundschaft ist, dass wir durch die Aufnahme von Fremden tatsächlich „Engel“ beherbergen, wie es der Hebräerbrief formuliert (Hebräer 13,2). Mit dieser Erfahrung beschenken wir uns als Gastgeber/innen nicht zuletzt selbst – auch wenn unsere Gäste auf den ersten Blick nicht immer wie Engel daherkommen.

Kirche als Schutzraum

Ich bin froh darüber, dass in einigen Hamburger Kirchengemeinden die Bereitschaft wächst, ihre Türen für Kirchenasyl oder Gästewohnungen zu öffnen. Damit wird die Kirche zum konkreten Schutzraum und als Zufluchtsort erlebbar, wie ihn schon die Psalmen besungen haben, die sich ganz

Mahnwache in Hamburg

neu lesen, wenn am eigenen „Altar“ Schutz gewährt wird. So textete Helmut Frenz die letzten Verse des beliebten Psalm 23 mit der Erfahrung von Kirchenasyl im Hintergrund: „Nur Gutes und Barmherzigkeit verfolgen mich jetzt. Hier werde ich für immer bleiben in der Gemeinde des Herrn.“ Zum Schluss möchte ich noch eine Beobachtung aus den letzten Tagen nennen: Im Herbst wurden die „Asyl-Monologe“, ein bewegendes Dokumentar-Theater über die Geschichten von drei AsylbewerberInnen, von der Bühne für Menschenrechte auf zwei Hamburger Bühnen aufgeführt. Mir ging das Herz auf, als ich im Publikum viele junge Leute sah, die sich z. B. im Café Exil in der Beratung von Flüchtlingen und in antirassistischer Arbeit engagieren. Ich mag nicht einstimmen in die moderne Klage über die ach so passive „Jugend“. Ich bin vielmehr dankbar, dass sich Menschen neu berühren lassen von den Ungerechtigkeiten, die auch in diesem Land geschehen. Dass sie sich davon nicht entmutigen lassen, sondern ihr Engagement mit Herz und Hand dagegen setzen! Oder besser gesagt, dafür: Für eine Welt, in der für Gerechtigkeit gestritten wird und die Hoffnung nicht ausstirbt.

Dietrich Gerstner

lebt seit 17 Jahren in der Gemeinschaft Brot & Rosen und ist als Referent für Menschenrechte und Migration im Zentrum für Mission und Ökumene tätig.

Eine ähnliche Fassung dieses Artikels erschien in der Dezember-2012-Ausgabe der Zeitschrift „weltbewegt“ des Zentrums für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit.

Levende Hav

Gemeinsam mit dem dänischen Künstler Jens Galschiot hat der Verein „Levende Hav“ das Projekt „Flüchtlingsschiff“ realisiert: 70 Bronzestatuen stehen dicht gedrängt auf dem Deck eines Fischkutters und schauen uns an. Das Boot traf am 1. Mai in Hamburg ein und hat während des Kirchentages dem Thema Festung Europa ein Gesicht gegeben.

Diese Nummer der Jungen Kirche wurde kurz vor dem Kirchentag vorbereitet, so dass wir nicht berichten können, wie groß die Aufmerksamkeit dieser Aktion gewesen ist. Wir hoffen, dass die Aktion in der Presse so stark wahrgenommen wird – dass wir uns diese Seiten hätten sparen können.

Fanny Dethloff

Das stille Geschrei hörbar machen[1]

„Erbarmen“ – Aktion von Benita Joswig

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieses Grundrecht in unserer Verfassung ist ein Ansporn und eine Mahnung zugleich. Bei einer angekündigten Demonstration von Rechtsradikalen in Sachsen malten die Unterstützenden mit den Asylbewerber/innen gemeinsam diesen Satz auf ein großes Transparent und hängten es an die Außenwand der Asylbewerberunterkunft. Doch der Vermieter forderte die Flüchtlinge auf, das Transparent abzuhängen, weil es sonst den braunen Mob zu sehr provozieren könnte.

Kaum eine Fluchtgeschichte wurde für wert befunden als „echte“ Flüchtlingsgeschichte anerkannt zu werden.

Artikel 1 des Grundgesetzes als Provokation zum Nachdenken! Flüchtlingsrecht ist ein Schutzrecht – ein Menschenrecht. Dieses Recht zu verteidigen, machen wir so lange schon, weil wir begreifen, dass in dieser Arbeit zugleich der Schutz unserer eigenen Menschenrechte mit begründet liegt. Nur wer für die Toten an den EU-Außengrenzen mit schreit, weint und betet, hat verstanden, wie sehr wir mit unserem Lebensstil in die ungerechten Verhältnisse dieser Welt verwoben sind.

Den in Europa Verantwortlichen rufen wir zu: Stoppt das Töten an den Außengrenzen! Helft Menschen zu überleben, statt wegzuschauen und Untergehende nicht zu retten. Wir machen auf den Wahnsinn von Dublin II und III [die Verordnungen, die regeln, welcher Mitgliedstaat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist] aufmerksam, wo Menschen nur noch per Menschenschmuggler durch Europa selbst kommen und immer wieder an ihren Ausgangspunkt zurück sollen. Wir gehen in Abschiebehaftanstalten und machen den Skandal deutlich, der darin liegt, dass Menschen, die unschuldig sind, weggesperrt bleiben, bis sie abgeschoben werden. Dies soll in der EU noch ausgeweitet werden, so dass Menschen während der Asylantragstellung schon in Haft geraten können.

Echte und unechte Flüchtlinge

Immer dann, wenn die Einteilung in gute und schlechte Flüchtlinge getroffen wird, wenn die Aufteilung in brauchbar und unverwendbar nichts mehr mit den Grundrechten aller zu tun hat, wagen wir den Widerspruch. „Lieber Syrer als Serben“, so eine Schlagzeile der *Zeit*. Als wäre nicht schon längst klar, dass die wenigen Menschen, die aus Syrien kommen, kaum mit offenen Armen empfangen werden.

Mit Antiziganismus [ein in Analogie zu Antisemitismus gebildeter Fachbegriff für Zigeunerfeindlichkeit] aber, auf dem Rücken der Roma, kann man in Deutschland deutlich machen, dass man die „echten“ Flüchtlinge lieber haben möchte als die Roma aus osteuropäischen Ländern. Sie sind geflohen aufgrund massiver Diskriminierung, politischer Unterdrückung, Armut und erhalten keinen Schutz in der EU. Hier verweigern wir dieser öffentlichen Darstellung den Gehorsam. Wir sehen, wie viele Roma-Familien aufgerieben wurden, vertrieben aus Deutschland, obwohl sie hier aufwuchsen. Kein Platz – nirgends für Roma-Familien? Man wünscht sich mehr verantwortliche Politiker/innen, die sich selbst eine Zeitlang in einer serbischen Roma-Siedlung aufhalten. Ob sie dann noch

behaupten, alle kämen nur des Geldes wegen? In Deutschland sind sie ohne jede Beratung und haben keine Zeit, ihre Geschichten vorzubringen: Fünf Tage Asyl – Schnellverfahren, die Aushebelung aller Rechtsgrundlagen per Weisung aus dem Bundesinnenministerium. Ein echter Skandal – weitaus größer als der angeblich nicht zu bezahlende materielle Schaden, den mehrere Tausend Roma kosten. Und alles geschieht im Namen der vermeintlich „echten" Flüchtlinge. Zu keiner Zeit meiner Praxis habe ich die „echten" Flüchtlinge gefunden. Laut medialer Diskussion kamen immer die Falschen – zu viele sowieso. Kaum eine Fluchtgeschichte wurde für wert befunden, als „echte" Flüchtlingsgeschichte anerkannt zu werden.

Ja zum Bleiberecht

Wir kämpfen für ein vernünftiges mitlaufendes Bleiberecht für alle, die sich fünf oder sechs Jahre im Land aufhalten. Alle anderen Vorschläge sind halbherzige Kompromisse. Ich plädiere außerdem dafür, dass diejenigen ohne Papiere die Chance bekommen, sich nach einer gewissen Frist zu offenbaren. Es würde u. a. Steuereinnahmen erhöhen und Gerechtigkeit für die Kinder bedeuten. Stattdessen aber führen wir immer wieder die gleichen aufgezwungenen Debatten. Ich bin es leid, um Identitätstäuschung und Mitwirkungspflicht noch zu debattieren. Behörden, Verwaltungen haben es sich selbst eingebrockt: Allzu viele, die die Wahrheit erzählten und Papiere vorlegten, wurden abgeschoben. Jetzt darüber zu lamentieren, dass es Menschen gab, die nicht mitwirkten und sich hier gut integriert haben, ist verlogen. Wir brauchen eine großzügige Amnestie an dieser Stelle der Identitätsfeststellungen. Menschen müssen sich ohne Furcht an Behörden in unserem Land wenden können, ohne Gefahr zu laufen, in eine andere – und für die Kinder oft in eine unbekannte Welt abgeschoben zu werden. Wir brauchen ein Ende dieser geradezu rachsüchtig zu nennenden Politik – besonders für die langjährig als faktische Inländer/innen unter uns Lebenden.

Hoffnung wahrnehmen

Viele, die in der Flüchtlingsarbeit mit tätig sind, kennen das Gefühl der Ohnmacht, teilen die hilflose Wut angesichts von Ungerechtigkeit gegen Migrant/innen. Spiritualität, Kraft, Hoffnung erblühen an diesen Orten der Ohnmacht, wenn wir es wahrnehmen – sonst würde niemand von uns so lange durchhalten. Wir sind die, die hinhören, Geschichten aufnehmen, uns berühren lassen. Desto mehr schmerzt es, wenn wir auf die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stoßen, die es mitten unter uns – auch in Kirche – gibt. Oft sind es nicht Christ/innen, die sich aufmachen und den abgeschobenen Romafamilien hinterher reisen, sie zu ihrer jetzigen Situation befragen und das dokumentieren. Darin geben sie uns ein Vorbild – auch im Glauben. Denn Glauben hat nichts Privates, sondern ist immer nur in der Wechselwirkung zwischen mir und Anderen, zwischen Verzweiflung und Hoffnung erfahrbar. An den Orten der Ohnmacht erblüht Neues, ohne Macht und lautes Geschrei erwächst Neues. Wir retten diese Welt sicher nicht, aber auch wenn es finster aussieht, entzünden wir Lichter, obwohl viele ohne Heimat sind, beherbergen wir Gäste und beheimaten uns selbst darin. Die Kirche ist als Institution mittlerweile näher an die Fragen der Flüchtlinge, der Fremden und ihrer Beheimatung herangerückt. Sie als Haus Gottes, in dem Fremde willkommen geheißen werden, zu wissen, braucht dennoch mehr als ein paar symbolische Kirchenasyle, wohlklingende Texte und Synodenentscheidungen.

Ein Gedichtvers von Dorothee Sölle fasst gut zusammen, was es braucht, um die Arbeit durchzuhalten und sich immer wieder neu in ihr berufen zu wissen:

E*s gibt Menschen, die das „stille Geschrei", das Gott ist, nicht nur hören, sondern es hörbar machen als die Musik der Welt, die den Kosmos und die Seele heute erfüllt.*

Fanny Dethloff

Pastorin, Flüchtlings- und Menschenrechtsbeauftragte der ev.-luth. Kirche in Norddeutschland

1 Gekürzte Preisrede von Fanny Dethloff am 11. 12. 2013 in Kiel, anlässlich der Preisverleihung für herausragendes Engagement in der solidarischen Flüchtlingshilfe vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.

Reimer Dohrn und Marily Stroux

Kein Ort nirgends für Roma

Im Aufnahme- und Abschiebelager Horst bei Boizenburg, südöstlich von Hamburg, gab es vor zweieinhalb Jahren einen Hungerstreik. Unter den Protestierenden waren viele Roma. Danach bildete sich im Oktober 2010 eine Gruppe aus Roma und UnterstützerInnen, die seitdem für ein Bleiberecht der Roma kämpft. Wir versuchen durch verschiedene Aktionen, Petitionen und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit die überwiegend aus Serbien und Mazedonien stammenden Familien vor der Abschiebung zu retten. Der Erfolg dieses Kampfes ist niederschmetternd gering: Selbst schwerkranke Menschen und von der Kultusministerkonferenz mit Integrationspreisen prämierte Kinder – anders gesagt, alle Roma, sollen abgeschoben werden. Das am häufigsten angewendete Mittel ist die so genannte „freiwillige" Ausreise, die in keiner Abschiebestatistik auftaucht. Inzwischen droht die Ausländerbehörde schon unmittelbar nach der Einreise mit Abschiebung, um eine Unterschrift unter das Papier zur „freiwilligen" Ausreise zu erpressen, wie die Betroffenen übereinstimmend berichten. Das hat grausame Tradition. Wir trafen Familien in Serbien und Mazedonien, in denen in drei Jahrzehnten mehrfach Menschen aus drei Generationen auf diese Weise abgeschoben wurden.

Ein Teil unserer Arbeit ist die Dokumentation der Lebensbedingungen der Abgeschobenen in ihrer Heimat. 2011 besuchten wir in Serbien und Mazedonien überwiegend die Familien der noch in Hamburg lebenden Roma mit zwei Reisegruppen. Wir erstellten danach eine Broschüre über ihre Situation dort und versandten diese an verschiedene EntscheidungsträgerInnen. Das änderte jedoch nichts am erklärten Ziel der deutschen Politik: Die Romafamilien sollen raus!

Direkt nachdem Angela Merkel ein Mahnmal gegen die Vernichtung von Roma und Sinti in der Nazizeit eingeweiht hatte, fuhr die Kanzlerin nach Serbien. Dort drohte sie mit der Aussetzung der Visumfreiheit für die Bevölkerung Serbiens und Mazedoniens, falls die dort lebenden Roma weiter Gebrauch von der Visumfreiheit machen. Als „Kompromiss" wurde ausgehandelt, dass Serbien jetzt die Abschiebekosten von Roma übernimmt.

Im Sommer 2012 unternahmen wir eine weitere Reise durch Serbien und Mazedonien. Diesmal besuchten wir an jeder der sechs Stationen Romafamilien, die wir aus Hamburg kannten. Sie waren entweder abgeschoben worden oder „freiwillig" ausgereist. Hier Eindrücke unserer Reise – eine Broschüre ist in Vorbereitung.

Keine Entschädigung für Roma-Familien

Als wir abends in dem zwischen Nis und Sofia gelegenen Bergort Pirot ankommen, wartet die gesamte Familie samt NachbarInnen auf der Straße. Nach der Begrüßung werden wir in das kleine Haus des Bruders unseres abgeschobenen Freundes Memetovic gebeten. In dem reparaturbedürftigen Häuschen wohnen die Großmutter und zwei Brüder mit ihren Familien sehr beengt. Dalibor, der in Hamburg so gerne zur Schule ging, hat inzwischen sein Deutsch fast vergessen. Er scheint die Hoffnung begraben zu haben, wieder nach Hamburg zu kommen. Trotzdem stürzt er sich gleich auf die mitgebrachten Zeitschriften aus Deutschland. Der trotz Herzoperation und Bluthochdruck abgeschobene Memetovic versucht, sich immer noch an die ärztlichen Verschreibungen aus Deutschland zu halten. Ihm fehlt das Geld für medizinische Kontrolle und pharmazeutische Nachregulierung. Ohne die Medikamente, welche ihm FreundInnen aus Hamburg von Zeit zu Zeit schicken, wäre er ganz ohne Versorgung. Eines seiner Medikamente ist bereits wieder aufgebraucht. Er zeigt deutliche Symptome von zu hohem Blutdruck.

Selbst für die gesunde und ausgebildete serbische Bevölkerung beträgt die Arbeitslosigkeit in der Region 35 %. Für einen herzkranken Roma gibt es keine Chance, auch nur gelegentlich Arbeit zu finden. So fehlt das Geld, damit die abgeschobene Familie ihr Haus instandsetzen und der kranke Familienvater Medikamente kaufen kann.

Memetovic bittet uns um einen Gefallen für seine Mutter. Als wir mit ihr – mit Hilfe einer Nachbarin, die lange in Deutschland gelebt hat – sprechen, stellt sich heraus, dass ihr Mann Zwangsarbeiter in Deutschland gewesen ist. Es gibt sogar die Kopie eines Verrechnungsschecks über mehr als

Die Kinder der Familie Suljic dürfen in Rumänien nicht zur Schule. Rechts: Reimer Dorhn. Foto: Marily Stroux.

5.000 Euro. Er konnte nie eingelöst werden, weil er an die Adresse eines Familienmitgliedes adressiert war, das bei der Scheckausstellung in Deutschland lebte. Bevor der Brief den Verwandten erreichte, war dieser bereits wieder aus Deutschland abgeschoben. Bis jetzt hat die Familie es nicht geschafft, die Hürden für die Auszahlung zu überwinden. Inzwischen ist der Großvater, der in Berlin für das Nazisystem schuften musste, verstorben. Die Familie hegt trotzdem Hoffnungen, die Entschädigung noch zu erhalten. Mit dem Geld wäre es möglich, die beiden Häuser zu reparieren und für die strengen Winter bewohnbar zu machen.

Keine Schule für Kinder, die in Deutschland gewesen sind

Wir besprechen, wann wir die nächste Familie mit drei schulpflichtigen Kindern besuchen können, und fragen, wann sie aus der Schule kommen. In Serbien beginnt an diesem Tag das neue Schuljahr. „Wir waren doch in Deutschland, wir dürfen nicht zur Schule!“, lautet die Antwort des Mädchens, das in Hamburg mit Erfolg zur Schule gegangen ist.

Als wir die Familie im Romaviertel in Nis besuchen, leben alle im Haus der Großmutter. Die Mutter erzählt, dass sie mit den Zeugnissen der Mädchen in der Schule war. Zunächst wurde ihr gesagt, sie müsse diese serbisch übersetzen lassen. Doch auch später mit den übersetzten Zeugnissen wurden die Mädchen nicht zugelassen, weil sie zuvor in Deutschland gewesen ist. Und dass, obwohl es in Serbien genau wie in Deutschland Schulpflicht gibt. Für den neu einzuschulenden Jungen gibt es angeblich keinen Platz in der Grundschule.

Keine Hoffnung für die Abgeschobenen

Wie im Jahr zuvor besuchten wir auch Bekannte in einer ärmlichen Romasiedlung in Kumanovo im Norden Mazedoniens. Sieben aus Deutschland abgeschobene Personen mussten sich ein Zimmer teilen. Nach wie vor gibt es keinen Strom und kein fließendes Wasser. Das Dach des kleinen Raums ist inzwischen noch baufälliger, im letzten Winter regnete es herein. Weitere Familienangehörige wohnen in einem ähnlich kleinen Raum direkt hinter dem Zimmer. Für alle gibt es lediglich im Hof einen Wasserhahn. Vor den Zimmern auf der Straße stehen große Säcke mit leeren Plastikflaschen. Für ein Kilo gibt es umgerechnet 10 Cent. Dies ist eine der wenigen Möglichkeiten für die Roma, neben der geringen Sozialhilfe etwas Geld zu verdienen. Außerdem gibt es im Grunde nur noch Feldarbeit, allerdings eher in Montenegro als in Mazedonien, als Verdienstmöglichkeit.

Später treffen wir vier Mädchen, die am Tag zuvor mit ihrer Mutter aus Hamburg nach Skopje abgeschoben worden sind. Alle freuen sich sehr, uns zu sehen. Wir tauschen uns aus über ihre frischen Eindrücke in Mazedonien. Die zwölfjährige Djeva antwortet auf unsere Frage, wie es bei der Abschiebung für sie war: „Ich habe sehr geweint. Ich habe mein Leben verloren, hier werde ich keine Chance haben.“

Marily Stroux (Fotojournalistin) und
Reimer Dohrn (Diplompsychologe)

Weitere Informationen unter: romas-in-hamburg.blogspot.com